

Das Bulletin



Aktion
für vernünftige
Energiepolitik
Schweiz

Juni 2008
2/08

AVES kämpft für Wasserkraft und Kernenergie – AVES lehnt die Volksinitiative «Lebendiges Wasser» ab

An der Delegiertenversammlung vom 31. Mai 2008 in Zug verabschiedete die Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz (AVES) folgende RESOLUTION:

Die Aktion für vernünftige Energiepolitik (AVES) fordert Parlament und Bevölkerung auf, der Verletzlichkeit unserer Arbeitsplätze wegen der Energieversorgung grösste Aufmerksamkeit zu widmen. – Neben den aktuellen Engpässen in der Öl- und Gasversorgung ist längerfristig vor allem die Versorgungssicherheit beim Strom stark gefährdet. Die Nutzung der Wasserkraft darf deshalb nicht weiter eingeschränkt werden und die Volksinitiative «Lebendiges Wasser» ist abzulehnen. Der Bau von Ersatz-Kernkraftwerken muss überdies mit grösstem Nachdruck und ohne weitere Zeitverzögerung vorangetrieben werden. – Der «fiskalische Raubzug» auf unseren CO₂-freien Strom muss im Interesse unserer Arbeitsplätze beendet werden.

Seit Jahren wird in der Schweiz über die Energiepolitik debattiert. Unterdessen hat sich die Verletzlichkeit unseres Landes im Bereich der Energieversorgung laufend erhöht und nähert sich einem kritischen Niveau.

Die Unsicherheiten und die Preisentwicklung im Bereich der Öl- und Erdgasversorgung sind mittlerweile jedermann bewusst geworden. Von grossen Teilen der Politik und der Bevölkerung wird hingegen nicht wahrgenommen, dass wir auch bei der Stromversorgung auf eine gefährliche Verknappung hinsteuern, die wegen der Bedeutung des Stroms als «Schlüsselenergie» gravierende Folgen haben wird. Die Wasserkraftnutzung darf deshalb nicht weiter eingeschränkt werden. Die Förderung erneuerbarer Energien und die Erhöhung der Energieeffizienz sind überdies für den Ersatz der älteren Kernkraftwerke. Die AVES ruft deshalb die verantwortlichen Politiker und die gesamte Bevölkerung auf, sich der dringenden Notwendigkeit eines raschen Ersatzbaus von Kernkraftwerken bewusst zu werden. Die grossen Elektrizitätswerke werden aufgefordert, bis Ende 2008 die erforderlichen Rahmenbewilligungsgesuche für Ersatz-Kernkraftwerke beim Bund einzureichen.

Fortsetzung Seite 2

Der hohe Ölpreis lenkt wirksamer als Abgaben

Das spüren wir tagtäglich: Öl und auch Gas werden knapper und teurer. Strom wird noch mehr zur unverzichtbaren Alternative für sichere, CO₂-freie Energieversorgung. Aber auch hier gehen wir weltweit auf einen Versorgungsengpass zu. Wir haben es jedoch in der Hand, der drohenden Versorgungslücke mit eigenen Massnahmen zu einem grossen Teil entgegenzuwirken.

Darum ist es unverständlich, dass Projekte zum Ausbau unserer einheimischen verlässlichen Wasserkraft immer noch mit schikanösen Einsprachen behindert werden. Vernünftige Ausbauprojekte wie die Erhöhung der Grimsel-Staumauer – notabene mit vielen landschaftlichen Goodwill-Massnahmen der Kraftwerke Oberhasli AG – brauchen endlich positive und schnelle Behandlung.

Dass Schweizerinnen und Schweizer den Strommix Wasserkraft und Kernenergie immer mehr bevorzugen, zeigt sich auch in einer grossen Umfrage des politisch neutralen Vereins «Vernunft Schweiz» bei 20 000 Frauen und Männern. Danach wollen 51 Prozent der Befragten mittel- und langfristig Atomstrom in der Schweiz produzieren lassen. Die Minderheit, die sich mehr oder weniger für die Abschaltung der Kernkraftwerke ausspricht, kommt übrigens vor allem aus dem Welschland, dem Tessin und dem Raum Basel.

Der Ölpreis hat sich in den letzten 16 Jahren mehr als versechsfacht. 1992 kosteten 100 Liter Heizöl 20 Dollar, heute mehr als 130 Dollar. Vor diesem Hintergrund sind CO₂-Abgaben geradezu zynisch, denn der exorbitant hohe Ölpreis bewirkt einen sinkenden Verbrauch bei Heizöl und Benzin. Einmal mehr regelt der Markt schneller und effizienter als künstliche Verteuerungen durch den Staat. Im Klartext: Der hohe Ölpreis ist viel wirksamer als Lenkungsabgaben, vor allem macht die absehbare Verknappung auch Wasserkraft und Kernenergie noch notwendiger.

Bruno Föh

Die Schweiz ist gut beraten, wenn sie alles unternimmt, um die umweltfreundliche CO₂-freie Stromversorgung auch für die nächsten Jahrzehnte zu sichern. Neben dem Ersatzbau von Kernkraftwerken bedingt dies aber auch ein klares Einstehen für die Erhaltung der Wasserkraftnutzung (inklusive Erhöhung Grimsel-Staumauer). Das Zusammenwirken von Kernkraftwerken zur Erzeugung von Bandenergie und von Wasserkraftwerken zur Abdeckung der Verbrauchsspitzen ist – auch unter ökologischen Aspekten – einzigartig und sehr sinnvoll. Die AVES lehnt deshalb die im nächsten Jahr zur Abstimmung gelangende Initiative «Lebendiges

Wasser» des Fischerei-Verbandes einstimmig ab, da deren Annahme zu grossen Ausfällen beim Wasserstrom führen würde.

Bereits heute wird der Strom mit jährlich weit über 1 Milliarde Franken (über 1000 Millionen!) an Steuern und Abgaben wie Wasserzinsen, Durchleitungsabgaben etc. belastet. Dies ist mehr als genug!

Für die AVES ist es unverständlich, dass der «Raubzug» auf unseren CO₂-freien Strom laufend verschärft wird. Damit wird die internationale Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie beeinträchtigt und der Werkplatz Schweiz gefährdet.

Medienmitteilung zum Rahmenbewilligungsgesuch der Aave-Teminak für Elektrizität (ATEL) für ein KKW im Niederamt (SO)

Vorwärtsmachen!

Mit der Einreichung des Rahmenbewilligungsgesuches für ein KKW im solothurnischen Niederamt hat die ATEL der Forderung der Aktion für vernünftige Energiepolitik der Schweiz (AVES) entsprochen, ohne Verzug Planung und Bau von neuen Kernkraftwerken an die Hand zu nehmen. Dies ist zur Deckung des Strombedarfs und als Ersatz für die älteren Kernkraftwerke und die auslaufenden Lieferverträge mit Frankreich notwendig. – Die zuständigen Behörden und die politischen Entscheidungsträger werden aufgefordert, ihrerseits die notwendigen Arbeiten entschlossen vorwärtzutreiben.

Die Aktion für vernünftige Energiepolitik der Schweiz (AVES) weist seit mehreren Jahren darauf hin, dass die Schweiz beim Strom in den nächsten Jahren in einen gefährlichen Versorgungsengpass hineinläuft. Dies erhöht die Verletzlichkeit unserer Wirtschaft und könnte sich in der Zukunft sehr negativ auf den Wohlstand und die Arbeitsplätze unseres Landes auswirken. Seit zwei Jahren fordert deshalb die AVES die grossen Elektrizitätsproduzenten wie Axpo, ATEL, EOS, BKW etc. auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen und für die

Bereitstellung eines genügenden inländischen Stromangebotes zu sorgen. Mit der Einreichung des Rahmenbewilligungsgesuches für ein KKW im solothurnischen Niederamt hat die ATEL dieser Forderung der AVES entsprochen.

Neben der Aufrechterhaltung der Wasserkraftnutzung, die rund 60 Prozent des schweizerischen Strombedarfs abdeckt, ist der Bau respektive Ersatzbau von Kernkraftwerken unerlässlich. Die Kernenergie erfüllt die nachhaltigen Anforderungen des Klimaschutzes, der Versorgungssicherheit und der Wirtschaftlichkeit von allen denkbaren Alternativen mit Abstand am besten.

Die AVES fordert die staatlichen Organe und die Politik auf, ihre Verantwortung ebenfalls wahrzunehmen und die zögerliche Haltung, wie sie in den letzten Jahren dominiert hat, aufzugeben. Es gilt keine Zeit zu verlieren und vorwärtszumachen. Die AVES und ihre parlamentarischen Mitglieder unterstützen alle Anstrengungen zur Erhöhung der Versorgungssicherheit in der schweizerischen Stromversorgung.

Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz (AVES)

«Anreize für energetisch wirksame Massnahmen im Gebäudebereich»

Die UREK des Nationalrats unterbreitete eine Vernehmlassung zu energetischen Massnahmen im Gebäudebereich. Sie schlägt darin eine Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen vor: Maximal 200 Mio. Franken pro Jahr sollen in die Förderung energieeffizienter Neubauten und energetischer Sanierungen fliessen, wobei davon maximal 30 Mio. Franken in erneuerbare Energien im Gebäudebereich investiert werden können. Parallel soll für Hauseigentümer eine Befreiung von der CO₂-Abgabe geschaffen werden, sofern sie CO₂-wirksame Massnahmen umgesetzt und deren Kosten nicht auf die Mieterschaft überwältigt haben.

Die Reaktionen auf die Vernehmlassung sind stark geteilt. Befürwortend zur Teilzweckbindung äussern sich neben den linksgrünen Parteien und Organisationen hauptsächlich diejenigen Vernehmlasser, die aus der vorgesehenen Subventionierung konkrete Vorteile ziehen, so z.B. Hauseigentümer, Baugewerbe und Gemeinden (verfügen vielfach über einen sanierungsbedürftigen Immobilienpark). Mit Verweis auf die Gleichgewichtung der vier bundesrätlichen Säulen Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Grosskraftwerke und Energieaussenpolitik im Allgemeinen und das CO₂-Reduktionspotenzial des Gebäudebereiches im Speziellen unterstützt auch der VSE die Massnahme. Nicht auf einhellige Zustimmung stösst

bei den grundsätzlich befürwortenden Vernehmlassern indessen die vorgeschlagene Abgabebefreiung für die Hauseigentümer.

Breite Kreise der Wirtschaft lehnen die Vorschläge jedoch ab. Im Vordergrund stehen dabei ordnungspolitische Argumente, die einerseits auf die fehlende Verfassungskonformität einer Teilzweckbindung und andererseits auf den Verstoß gegen Sinn und Geist der CO₂-Abgabe als haushaltsneutral ausgestaltete Lenkungsabgabe verweisen. Mehrheitlich kritisieren diese Vernehmlasser auch die Konkurrenz zu bestehenden Programmen und die fehlende Koordination des Vorgehens mit der Erarbeitung der bundesrätlichen Klimastrategie post Kyoto, in deren Rahmen im Sommer 2008 eine Vernehmlassung unter anderem zu einer Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe durchgeführt werden soll.

AVES lehnt Vorschläge ab

In ihrer Vernehmlassungsantwort lehnt die AVES Schweiz die Vorschläge bekanntlich ab. Sie kritisiert vor allem den Widerspruch zum Konzept der CO₂-Abgabe und befürchtet hohe Mitnahmeeffekte. Dagegen fordert sie die Prüfung steuerlicher Anreize und die Sistierung der CO₂-Abgabe, dies vor allem aufgrund der hohen Erdölpreise. Im Falle einer Teilzweckbindung sollen die Erträge jedoch in internationale Projekte mit günstigem Kosten/Nutzenverhältnis fliessen.

Frauen für Energie mit neuer Präsidentin

Die „Frauen für Energie“ (ffe) wählten am 24. Mai 2008 an ihrer Mitgliederversammlung in Würenlingen Barbara Wohlwend aus Zug zur neuen Präsidentin. Sie löst Trudy Ritschard aus Küsnacht ab. Seit 26 Jahren setzen sich die „Frauen für Energie“ (Schwesterorganisation der AVES) für eine gesicherte, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung ein. Ihr Anliegen ist heute aktueller denn je.



Bundesrat genehmigt Sachplan: «Wie» entsorgen ist klar – «wo» entsorgen, das zeigt der Sachplan

Der Bundesrat hat am 2. April den Konzeptteil des Sachplans Geologische Tiefenlager (SGT) genehmigt. In den nächsten Jahren werden nun unter Leitung des Bundesamts für Energie (BFE) schrittweise mögliche Standorte geprüft. Die Nagra begrüsst das Verfahren zur Standortwahl, die Führungsrolle des Bundes und den breiten Einbezug der betroffenen Kantone und Gemeinden. Sie wird noch dieses Jahr die verlangten Vorschläge für geologische Standortgebiete unterbreiten.

Klare Ausgangslage

Bei der Präsentation vor den Medien erinnerte Bundesrat Leuenberger an die Ausgangslage: Die Schweiz sei verpflichtet, ihre nuklearen Abfälle aus dem Betrieb der Kernkraftwerke wie auch die Abfälle aus Medizin, Industrie und Forschung auf dem eigenen Territorium zu entsorgen. «Auch die Gegner der Kernenergie stehen in der Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen», betonte er.

Die Standortwahl kann beginnen

Der Bundesrat hatte bereits im Juni 2006 mit der Anerkennung des Entsorgungsnachweises die technische Machbarkeit von sicheren Tiefenlagern in der Schweiz bestätigt. Gleichzeitig ist er – gestützt auf eine Studie des BFE – zum Schluss gekommen, «dass Entsorgungsanlagen umweltverträglich gebaut und betrieben werden können und insgesamt positive Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft haben. Für die Akzeptanz von Standortentscheiden sei es jedoch unerlässlich, dass die Betroffenen umfassend informiert und in das Auswahlverfahren einbezogen werden.» Mit dem beschlossenen, breit abgestützten Sachplanverfahren wird diesem Anliegen Rechnung getragen.

Fachwissen der Nagra ist gefragt
Mit der nun vorliegenden Genehmigung des Konzeptteils Sachplan Geologische Tiefenlager sind die Kriterien, das Vor-

gehen und die Rolle der Beteiligten klar definiert. Die Nagra begrüsst das Standortwahlverfahren und insbesondere die Führungsrolle des Bundes in dieser auch politisch anspruchsvollen Aufgabe. Vor allem unterstützt die Nagra, dass im Verfahren die Sicherheit nach wie vor erste Priorität hat. Sie wird auf der Grundlage ihrer bisherigen Arbeit und gemäss den jetzt festgelegten Kriterien des Sachplans den Behörden in einigen Monaten die verlangten Vorschläge für geologische Standortgebiete unterbreiten.

Wie weiter mit dem Sachplan?

In der ersten Etappe werden aufgrund der Geologie die geeigneten Standortgebiete festgelegt. Diese Standortgebiete werden auf der Basis des heutigen erdwissenschaftlichen Kenntnisstands von der Nagra zu Beginn der ersten Etappe, d.h. in den nächsten Monaten, vorgeschlagen.

In der zweiten Etappe haben die Gemeinden der Standortregionen die Möglichkeit, bei der Platzierung und Ausgestaltung der Oberflächeninfrastruktur sowie den Untersuchungen der sozioökonomischen und raumplanerischen Auswirkungen aktiv mitzuarbeiten. Zudem werden die Standorte sicherheitstechnisch verglichen. Am Ende dieser Etappe schlägt die Nagra pro Abfallkategorie mindestens zwei konkrete Standorte vor.

In der dritten Etappe werden diese Standorte vertieft untersucht. Um einen gleichwertigen sicherheitstechnischen Kenntnisstand zu erhalten, sind diverse erdwissenschaftliche Untersuchungen – inklusive Sondierbohrungen – nötig. Vor dem Einreichen von Rahmenbewilligungsgesuchen müssen zudem die Grundlagen für allfällige Kompensationsmassnahmen und für die Beobachtung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen erarbeitet sowie die Frage der Abgeltungen geregelt werden.

Herzlichen Dank, Jörg Kramer!

20 Jahre hat sich Jörg Kramer für vernünftige Energiepolitik, für die friedliche Nutzung der Kernenergie engagiert: 18 Jahre als Präsident der aktiven AVES Winterthur und 15 Jahre im Vorstand der AVES Schweiz. Hier war er in erster Linie der Fachmann für Fragen rund um die Kernenergie.

Nach den Studien für Maschinenbau in Graz und Reaktorphysik an der ETH Zürich arbeitete Jörg Kramer in den USA, in England und in Deutschland (TH Jülich und KKW Brunsbüttel). Es folgten einige Jahre bei Sulzer Winterthur (Versuchsreaktor Lucens), dann eine Zeit in Wien (SWR Tullnerfeld) und

schliesslich wieder bei Sulzer in der Projektleitung für den SWR Leibstadt bis zu dessen Inbetriebnahme.

Als gebürtiger Österreicher ist Jörg Kramer natürlich längst Schweizer, hat aber den Charme, der den Menschen seiner Urheimat eigen ist, bis heute bewahrt. Als Schweizer Bürger hat er sich in seiner zweiten Heimat engagiert und auch mitpolitisiert; auch als Präsident der örtlichen FDP und als Vorsitzender der Geschäftsprüfungskommission seiner Wohngemeinde.

Danke schön, lieber Jörg, und alles Gute!



DAS PRÄSIDIALE DANKESCHÖN VON STÄNDERAT ROLF SCHWEIGER HAT JÖRG KRAMMER MEHR ALS VERDIENT.

Geschäftsstelle AVES Schweiz mit neuer Adresse

Die Geschäftsstelle der AVES Schweiz ist ab sofort neu in Zug:

AVES Schweiz
Gubelstrasse 17
Postfach 4733
6304 Zug
Telefon 041 544 25 44
Telefax 041 544 25 45

Die Mail-Adresse (info@aves.ch) bleibt gleich, ebenso die Adressen von Präsident Rolf Schweiger und Sekretär Bruno Fäh.

Was leistet Greenpeace mit 21 Millionen Spendengeldern?

Während die allgemeine Spendenfreudigkeit in der Schweiz zurückgeht, hat Greenpeace 2007 Fünf Prozent mehr Spenden eingenommen; gesamthaft fast 21 Millionen Franken. Zum guten Ton und zur sauberen

Transparenz gehört eigentlich, dass die Umweltorganisation ihren 160 000 Spendern, dem Volk überhaupt, einmal sagt, wie und wofür sie diese Millionen wirklich einsetzt.

PRÄSIDENT

lic. iur. Rolf Schweiger, Ständerat, Baar ZG

VIZEPRÄSIDENT

lic. iur. Konrad Studerus, Edlibach ZG

VORSTAND

Dr. Maximilian Reimann, Ständerat,
GipfOberfrick AG
Elvira Bader, Nationalrätin, Mümliswil SO
Walter Jermann, alt Nationalrat, Dittingen BL
Eric Weber, Ing. ETS, Yverdon VD
Walter F. Böhlen, Gemeinderat,
Niederrohrdorf AG
Alfred Marthaler, Kirchlindach BE
Jean-Pierre Bommer, Geschäftsführer FRE,
Lausanne VD
Erich Kaufmann, dipl. Ing. HTL, Ennenda GL

REDAKTION

Bruno Fäh, Sekretariat AVES Schweiz
Gubelstrasse 17
Postfach 4733, 6304 Zug
Telefon 041 544 25 44
Telefax 041 544 25 45

INTERNET

www.aves.ch

MAIL

info@aves.ch

DRUCK

Victor Hotz AG, 6312 Steinhausen
Erscheint vierteljährlich

AZB
6304 Zug

aves persönlich

Ohne redaktionelle Verantwortung

Das StromVG ist kein Freipass

Mit der nur teilweisen Inkraftsetzung des Stromversorgungsgesetzes hat der Bundesrat klar zu erkennen gegeben, wo seine Prioritäten liegen. Während die effektive Strommarktliberalisierung ins zweite Glied zurücktreten muss, haben die neuen erneuerbaren Energien grünes Licht und einen garantierten Geldsegen bekommen.

Aus dieser Asymmetrie resultieren einige Vor- und Nachteile, über die noch diskutiert werden muss. Bei den erneuerbaren Energien wird mit der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) der Markt praktisch ausser Kraft gesetzt. Zudem sind die Verfahren für den Anschluss von neuen Stromproduktionsanlagen unglaublich kompliziert. Bauwillige Interessenten, die betreffenden Elektrizitätsversorgungsunternehmen, aber auch die Installateure sehen sich

mit einer Formular- und Antragsflut konfrontiert.

Das Risiko, angesichts der überregulierten StromVV zwischen Stuhl und Bank zu fallen, ist relativ gross. Die Eigeninitiative von Bauwilligen kommt im Extremfall zum Erliegen, neuen staatlichen Eingriffen wird damit Tür und Tor geöffnet. Andererseits sind zugunsten einer tatsächlichen Sicherung der Stromversorgung in der Umsetzung des Bundes kaum wirkungsvolle Ansätze auszumachen. Eine neu auf internationaler Ebene initiierte, automatische Netz-Teilabschaltung bei einem gefährlichen Frequenzeinbruch ist nur ein Indiz dafür, dass sich die Schere zwischen Stromproduktion und -verbrauch nicht nur schweizweit, sondern europaweit rasant öffnet.

Mario David, Präsident AVES
Region St. Gallen-Appenzell

Das hat Prof. Thomas Stocker gesagt!

Gerne will ich eine Meldung im letzten AVES-Bulletin korrigieren und mich vor allem bei Professor Thomas Stocker entschuldigen. Den Satz «Was bringt es, wenn 7 Millionen Schweizer ihren CO₂-Ausstoss reduzieren, während gerade 2,5 Milliarden Chinesen und Inder den Spass am Autofahren entdecken?» hat natürlich nicht Prof. Stocker geäußert. Vielmehr war das eine Frage des Journalisten

in einem Interview des Migros-Magazins vom 18. Februar 2008. Prof. Stockers Antwort auf diese Frage: «Nicht die Inder und Chinesen sind für den bisherigen Klimawandel verantwortlich. Es war die industrialisierte Welt, die mehr als 200 Jahre zu viel Kohlendioxid ausgestossen hat. Also haben auch wir die Verpflichtung, als Erste etwas dagegen zu tun und mögliche Auswege zu entwerfen.»

Bruno Fäh, AVES-Bulletin

Die Kosten des Solarstroms

In einem NZZ-Artikel «Anhalten der Höhenflug der Fotovoltaik» wird umfassend der Stand der Wettbewerbsfähigkeit dieser Technologie beschrieben. In der Einleitung dazu wird festgehalten, dass die weltweit installierte Leistung von Fotovoltaikanlagen mittlerweile 6600 Megawatt oder das Äquivalent von sechs Kernkraftwerken erreicht hat.

Diese Aussage ist wohl richtig, entspricht aber nicht einmal der halben Wahrheit, sondern höchstens einem Achtel! Richtig ist, dass sechs Kernkraftwerke abgeschaltet werden können, aber nur, wenn sämtliche Fotovoltaikanlagen bei voller Leistung arbeiten. Dies ist aber nie der Fall (Tag und Nacht, Bewölkung, Ausrichtung der Zellen usw.).

In diesen Diskussionen wird viel zu wenig zwischen installierter Leistung und produzierter Energie unterschieden. In der Schweiz produzieren Fotovoltaikanlagen jährlich im Mittel 1000 Kilowattstunden pro 1 Kilowatt installierter Leistung.

Die Kernkraftwerke produzieren hingegen über 8000 Kilowattstunden pro 1 Kilowatt installierter Leistung. Der über das Jahr gemittelte Wirkungsgrad ist bei Kernkraftwerken also rund achtmal so gross wie bei der Fotovoltaik.

Konrad Schürmann (Oberwil)

AG AVES Aargau
Walter Forrer
Winkelweg 2, 5727 Oberkulm
walter.forrer@bluewin.ch

BE AVES Bern
Beat Schauwecker
Schulweg 6, 3013 Bern
bern@aves.ch

BS/BL AVES Region Basel
Walter Jermann, alt Nationalrat
Blauenweg 10, 4243 Dittingen
wjermann@bluewin.ch

GL AVES Glarus
Erich Kaufmann
Neubauquartier 9
8755 Ennenda
ek@nok.ch

GR AVES Graubünden
Dr. Theo Portmann
Alexanderstrasse 1, 7000 Chur

LU AVES Luzern
Michel Caliaro
Habermattweg 24, 6010 Kriens

NW AVES Nidwalden
Postfach 1004, 6371 Stans

SG AVES St. Gallen/Appenzell
Mario David
Kreuzstrasse 31, 9032 Engelburg
mario.david@gaiserwald.net

SH AVES Schaffhausen
Hans-Rudolf Steinegger
Villenstrasse 8
8200 Schaffhausen

SO AVES Solothurn
Roland Fürst
Postfach 1554, 4502 Solothurn
info@aves-so.ch

SZ AVES Schwyz
Hans Gnös
Tannenweg 9, 6410 Goldau

TG AVES Münsterlingen
Postfach 146, 8596 Münsterlingen

TI ASPER Ticino
Casella postale 24, 6948 Porza
dino.bornatica@bluewin.ch

UR AVES Uri
Marlies Z'graggen
Hellgasse 63, 6460 Altdorf

VS AVES Oberwallis
Postfach 281, 3930 Visp

ZG AVES Zug
Postfach 1342, 6301 Zug

ZH AVES Pfannenstil
Dr. Hans R. Moning
Gotthardstr. 10, 8800 Thalwil
hr.moning@moning.com

AVES Winterthur
Postfach 1545, 8401 Winterthur
mail@dieterklaey.ch

FRE Fédération romande pour l'Energie FRE
Case postale 673
1000 Lausanne 1
jpbommer@bluewin.ch